

## Sitzung des NÖ Landtages

### Aktuelle Stunde zu Beginn

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Mag. Karl Wilfing zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Fairness in der Gesundheitsversorgung statt Verunsicherung von Patientinnen und Patienten in Wien**“ abgehalten.

Abgeordneter DI Franz Dinhobl (VP) wies darauf hin, dass durch die Schlagzeile der Stadt Wien bezüglich der Versorgung von Gastpatienten aus Niederösterreich getroffene Vereinbarungen unterwandert würden, was für Verunsicherung bei Patientinnen und Patienten Sorge. Die Begründung des Wiener Stadtrates Hacker, der fehlende Finanzierung als Grund nenne, lasse er nicht gelten, denn dies sei im Finanzausgleich klar geregelt. Niederösterreich verzichte laut 15a-Vereinbarung auf 464 Millionen Euro im Finanzausgleich für die länderübergreifende Versorgung von Patienten. Dinhobl erklärte, in der Gesundheitsversorgung dürfe es keine Grenzen geben und Niederösterreich fordere die Einhaltung der bestehenden Vereinbarung ein und lehne einseitige Änderungen oder sogar eine Kündigung ab. Zudem sei Wiens Haltung verfassungswidrig, das würden auch Experten bestätigen.

Abgeordneter René Pfister (SP) unterstellte seinem Vorredner, dass dessen Ausführungen jeder Grundlage und Wahrheit entbehren würden. Tatsächlich würde ein Großteil der Menschen aus Niederösterreich, teils auch aus dem Burgenland, nach Wien drängen, weil Niederösterreich es lediglich schaffe, 75 Prozent der Patientinnen und Patienten in seinen eigenen Gesundheitseinrichtungen zu versorgen. Das Bundesland sei damit österreichweit an vorletzter Stelle bei der Versorgungsdicht.

Pfister richtete seine Kritik zudem an Landesrat Schleritzko, dieser spreche von über 500 Millionen Euro, die Niederösterreich an Wien überweise. Dies sei erstens nicht nachvollziehbar, die Zahlen würden zweitens jeder Grundlage entbehren und drittens sei dies alles „Augenauswischerei“, denn bilaterale Vereinbarungen für Gastpatienten seien möglich.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) meinte, die große Frage in der Gesundheitsversorgung „Wer soll wen wann und wo versorgen“ sei aufgrund viel zu komplexer Finanzierungsstrukturen und wegen des Föderalismus nicht leicht zu beantworten. Sie sagte zudem, die Diskussion rund um Gastpatientinnen und –patienten komme deshalb immer wieder auf, weil die Datenerhebung nach wie vor unzureichend sei, genauso wie das länderübergreifende Zusammenwirken. Als Folge davon seien die Verrechnungsströme nach wie vor nicht ausreichend im Finanzausgleich abgebildet. Hier helfe nur Transparenz, deshalb seien die drei Ziele der NEOS: Die Finanzierung im Gesundheitswesen aus einer Hand, eine Regelung der Abgeltung für Gastpatienten im Finanzausgleich und alle Patienten in der notwendigen Geschwindigkeit zu versorgen.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) meinte, Fairness wäre in Niederösterreich für die Patientinnen und Patienten mehr als angebracht. Sie vor den Wahlkarren zu spannen, sei mehr als unfair. 2023 habe der Anteil der Gastpatienten in Wien 20,4 Prozent betragen, 16,2 Prozent seien aus Niederösterreich gekommen – das wäre früher wesentlich mehr gewesen. Bundesländergrenzen im sehr kleinen Österreich seien im Gesundheitsbereich wenig sinnvoll, die Frage sei, ob der Föderalismus nicht Gift für die Sicherstellung einer fairen Gesundheitsversorgung in Österreich sei. Es gehe darum, dass die Patienten zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle die richtige Behandlung bekämen, das gehe nicht ohne substanzielle Reformen.

Abgeordnete Mag. Karin Scheele (SP) betonte, Fairness im Gesundheitsbereich bedeute Zugang für alle Menschen zu den nötigen Versorgungsmaßnahmen und gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Niederösterreich habe seine Hausaufgaben nicht gemacht, der Selbstversorgungsgrad der Patienten müsse

erhöht werden. Die Wartelisten würden immer länger und trieben die Patienten nach Wien.

Abgeordneter Richard Punz, BA (FP) sagte, diese Ungerechtigkeit dürfe nicht hingenommen werden, Österreicher zweiter Klasse zu schaffen, sei ein Skandal. Es gehe nicht nur um nackte Zahlen, sondern um Grundsätzliches: So verlören Niederösterreicher, die ein Leben lang in Wien gearbeitet hätten, ihren Platz zugunsten von Asylanten aus Wiener Heimen. Das sei eine Frage von Anstand und Respekt, so gehe man nicht mit Menschen um. Wien könne aufgrund seiner Asylpolitik die Gesundheitsversorgung nicht mehr aufrechterhalten.

Abgeordnete Mag. Marlene Zeidler-Beck, MBA (VP) hätte sich einen Schulterchluss für die bestmögliche Gesundheitsversorgung aller Niederösterreicher erwartet. Die Politik dürfe hier nicht zusehen. Die Wiener Stadtregierung spiele kein Fair Play, schaffe Unsicherheit bei Patientinnen und Patienten und ignoriere Vereinbarungen und gesetzliche Rahmenbedingungen. Niederösterreich versorge über 120.000 Wiener Patienten ambulant und 11.000 stationär. Bestmögliche Gesundheitsversorgung bedeute Zusammenarbeit und proaktiven Austausch und keine bürokratischen Hürden.

Es folgte eine weitere **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Asylstopp jetzt: Schluss mit falscher Toleranz auf Kosten unserer Sicherheit!**“.

Abgeordneter Martin Antauer (FP) erinnerte als Erstredner an die schockierende Bluttat von Villach. Die Behörden hätten von dem angeblich Schutzsuchenden gewusst, das Innenministerium sei aber untätig geblieben. Das sei kein Einzelfall. In Österreichs Gefängnissen würden derzeit rund 9.700 Häftlinge sitzen, mehr als die Hälfte seien keine österreichischen Staatsbürger. Von den österreichischen Staatsbürgern seien ein Drittel mit Migrationshintergrund. Über 100 Häftlinge seien wegen Terrorverdacht in Haft. Der Abgeordnete sprach von alarmierenden Entwicklungen und von einem Versagen der Bundesregierung. Der Abgeordnete präsentierte zehn Maßnahmen, die sofort umgesetzt werden müssten, damit man Familien, Frauen und Kinder schützen könne, darunter einen Asylstopp solange Österreich überlastet sei, das Stoppen des Familiennachzugs und, dass Asyl nicht Zugang zur Staatsbürgerschaft sein dürfe. Es

sei Zeit für eine echte Wende, Zeit für eine Regierung, die Sicherheit nicht als Wahlkampfthema sehe, sondern als Verpflichtung gegenüber den Bürgern.

Abgeordneter Christoph Kainz (VP) betonte, dass Sicherheit zweifellos das höchste Gut sei, da seien sich alle einig. Sicherheit könne man aber nicht dadurch gewährleisten, dass man Ängste schüre und in plakativen Bildern, sondern indem man tagtäglich für die Sicherheit der Menschen arbeite. Die VP sei bereit, nachzuschärfen und neue Pflöcke einzuschlagen. Er führte aus, dass man das Thema, das die Menschen beschäftige, trennen müsse, nämlich in den Asylbereich und in den Migrations-/Integrationsbereich. Österreich sei immer ein Land mit einer großen Asyltradition gewesen, führte er die Genfer Flüchtlingskonvention an, hielt gleichzeitig aber auch fest, dass sich Lebenssituationen verändert hätten und es jetzt gelte, darauf zu reagieren. „Villach“ habe wach gerüttelt und gezeigt, dass es strengere Regeln brauche – auf gesetzlicher Ebene und es müssten der Exekutive auch die richtigen Hilfsmittel in die Hand gegeben werden, führte der Abgeordnete etwa die Überwachung von Messenger-Diensten an.

Abgeordnete Mag. Anja Scherzer (FP) meinte, dass der Titel der Aktuellen Stunde kein Zufall sei. In den vergangenen Wochen und Monaten sei man in Österreich erneut Zeuge erschütternder Verbrechen, die von vermeintlich Schutzsuchenden verübt worden seien, geworden. Häufig hätten die Taten einen islamistischen Hintergrund. Die Abgeordnete führte aus, dass Frauen und Kinder zu Opfern unvorstellbarer Gewalt geworden seien. Die Tragödie in Villach habe alle erschüttert. Solche Gewalttaten seien aber längst keine Einzelfälle mehr und genau das mache sie umso gefährlicher. Hinter jeder Schlagzeile würden Menschen stehen, deren Leben auf grausame Weise zerstört worden sei. Schuld sei die Politik, die solche Menschen unkontrolliert ins Land lasse und solche Taten billigend in Kauf nehme. Sie meinte, wer das Gastrecht missbrauche, habe in Österreich keinen Platz.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) meinte, in regelmäßigen Abständen sei man damit konfrontiert, dass junge Männer auf Menschen einstechen oder mit Autos in Menschenansammlungen fahren. In genauso regelmäßigen Abständen würde die FP zu diesem Thema aktuelle Stunden im Landtag abhalten. Die FP sei jetzt schon drei Jahre in der Landesregierung und habe in diesem Zusammenhang nichts

weitergebracht und keine Lösungen, die im Rechtsstaat umsetzbar seien. Der Datenschutz dürfe aber nicht wichtiger sein als die Sicherheit der Bevölkerung. Ein verantwortungsvoller Dialog mit dem Islam sei notwendig.

Abgeordneter Dominic Hörlezeder (Grüne) sagte, die Grünen würden für eine menschenrechtsbasierte Asylpolitik stehen, die sich an die Grundwerte der Demokratie hält. Der Asylgrund sei ein unveräußerliches Menschenrecht. Es sei die Pflicht, bedürftigen und schutzsuchenden Menschen eine Zuflucht zu gewähren, besonders in Zeiten globaler Krisen und Konflikte. Das sei natürlich eine enorme Herausforderung und in vielerlei Hinsicht auch eine Belastung für die Gesellschaft. Immer wieder würden gewalttätige Extremisten Sicherheit, Freiheit und das Zusammenleben bedrohen. Die FP wolle dieses Problem gar nicht lösen, weil die FP von diesem Problem lebe. Das Problem könne man nicht nur auf nationaler Ebene lösen.

Abgeordnete Kathrin Schindele (SP) meinte, es sei heute schon viel über das Attentat in Villach gesprochen worden. Es beginne aber auch ein Nachdenken, um das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung wiederherzustellen. Wer in Österreich lebe, habe das Gesetz zu achten, müsse sich an Regeln halten, und Verstöße gegen Gesetze müssten im Zuge des Rechtsstaates bestraft werden. Die Möglichkeiten des Staatssicherheitsdienstes müssten angepasst bzw. erweitert werden. Bezüglich dieser Problematik und in Zusammenhang mit der künftigen Bundesregierung sei sie als Abgeordnete und als Pädagogin sehr optimistisch. Alle würden auf derselben Seite stehen, wenn es um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gehe.

Abgeordneter Michael Sommer (FP) sagte Freiheit, Wohlstand und Sicherheit seien jene Grundprinzipien, nach denen man Politik machen müsse. Wer das aktuelle Sicherheitsproblem noch immer nicht sehe, zeige eindrucksvoll, dass ihm die Sicherheit im Lande völlig egal sei. Die FP hingegen habe vor diesen Entwicklungen gewarnt. Die aktuellen „Schandtaten“ seien Auswüchse des Missbrauchs des Asylsystems, daher brauche es eine „180 Grad Wende“ und einen sofortigen Asylstopp. Straffällige Asylwerber müssten sofort außer Landes gebracht werden und die sofortige Abschaffung des Familiennachzugs sei umzusetzen und illegale Grenzübertritte müssen verhindert werden. Seitens der FP mache man keine Showpolitik, sondern setze Tatsachen, er nannte unter anderem die flächendeckende Einführung der

Sachleistungskarte. Die Messenger-Überwachung lehne man hingegen entschieden ab, weil es die Freiheit der Österreicher einschränke.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker, MA (Grüne) sagte, auf Tiktok passieren täglich islamistische Propaganda, Aufrufe zu Gewalt und Hass. Man müsse sich als Gesellschaft endlich darauf verständigen, dass Gesetze, die hier gelten, eingehalten werden. So sei auch die Meinungsfreiheit definiert. Die Meinungsfreiheit ende aber dort, wo es um Hassverbreitung und Aufrufe zu Gewalt gehe. Mit dem Digital Service Act habe man ein Instrument, mit dem man durchgreifen könne und Tiktok und Co auffordern könne, diese Inhalte – sei es islamistische oder neonazi Propaganda – zu löschen. Und wenn die FP anfange, das zu verteidigen, dann wisse man, dass es ihnen um Spaltung und Aufhetzung gehe, aber sicher nicht um Lösungen im Land.

Abgeordneter Ing. Bernhard Ebner, MSc (VP) sprach zu Beginn sein Mitgefühl der Familie des jungen Mannes aus Villach aus. Zur Debatte sagte er, die FP bezeichne sich selbst gerne als Sicherheitspartei und ihr Bundesparteiobmann hatte den Auftrag zur Regierungsbildung. Aber es sei Kickl nur um das Innenministerium gegangen. Er danke Christian Stocker, dass er hart geblieben sei, weil dadurch die Sicherheit im Land gesichert sei. Die FP stelle sich heute her und formuliere Forderungen an die neue Bundesregierung, die ohnehin im neuen Regierungsprogramm zu finden seien. Weiters seien die Zahlen im Asylbericht rückläufig und der Asylstopp wirke. Heute werde mehr abgeschoben als 2019 unter Innenminister Kickl. Man sehe, dass die Arbeit der schwarzen Innenminister wirke. Zudem finden sich sehr viele Maßnahmen im neuen Regierungsprogramm. Er sagte, die neue Bundesregierung nehme das Thema sehr ernst.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker, MA (Grüne) berichtete zu einem Antrag betreffend **Entwicklung sektorenübergreifender Behandlungspfade und Etablierung bedarfsgerechter Versorgungsstrukturen für Betroffene von Multisystemerkrankungen.**

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) sagte, man diskutiere jetzt über geeignete Mittel, um Menschen zu helfen, die sich schwertun, jeden Tag aus dem Bett zu kommen. Chronologische Multisystemerkrankungen führen Betroffene in eine

Parallellwelt und viele von ihnen seien arbeitsunfähig. Das im gemeinsamen Antrag eingebrachte Modell verspreche mehr an substanzieller Unterstützung ebendieser. Zentral wäre auch die Einbindung der Hausärzte und die Schaffung von Weiterbildungen. Das solle man bei der Schaffung von Primärversorgungszentren mitdenken. Erfreulicherweise sei der weitere Ausbau von Expertisezentren im Regierungsprogramm enthalten. Man stimme dem Antrag im Sinne der Betroffenen sehr gerne zu.

Abgeordnete Mag. Silvia Moser, MSc (Grüne) halte es für sehr positiv, dass dieser gemeinsame Antrag heute beschlossen werde. Es müsse bei diesem Thema einfach etwas weitergehen. Sie erwarte auch, dass die Forderung nach einer Spezialambulanz umgesetzt werde. Sie beschrieb weiters die ME/CFS-Erkrankung als eine schwerwiegende Multifunktionserkrankung, die lange Zeit unerkannt bliebe, bis zu 18 Monate würde durchschnittlich die Diagnose dauern. Es gebe keine klassischen Behandlungen, die Reha-Angebote würden nicht greifen. Es brauche neben bereits angesprochenen Zentren eine interdisziplinäre Zusammenarbeit, geeignete Therapiekonzepte und vor allem eine Absicherung für die Betroffenen.

Abgeordnete Mag. Karin Scheele (SP) unterstrich, dass sie sich über die Einigkeit aller Parteien in diesem Thema freue. Sie erklärte, bei ME/CFS sei eine Fortsetzung einer normalen Berufstätigkeit so gut wie unmöglich, deshalb müsse man alle Kräfte bündeln, um für die Betroffenen an einem Strang zu ziehen. Die SP unterstütze den Antrag aus voller Überzeugung.

Abgeordneter Richard Punz, BA (FP) sagte, dieser Allparteiantrag sei ein schönes Zeichen an alle Betroffenen, dass die Landespolitik deren Sorgen ernst nehme und ihre eigene Verantwortung wahrnehme. Multisystemerkrankungen seien eine immer größere Herausforderung für das Gesundheitssystem. Behandlungen seien oft langwierig und teuer. Schlüssel für Betroffene seien interdisziplinäre, patientenzentrierte Behandlungen und innovative Behandlungsmethoden sowie Forschung und hochwertige, wissenschaftliche Studien. Ein zentraler Aspekt sei auch die Verbesserung der Fortbildungsangebote für Medizin und Pflege.

Abgeordnete Silke Dammerer (VP) sagte, ca. 80.000 Menschen in Österreich leiden an ME/CFS, durch die Coronapandemie hätten sich die Fallzahlen drastisch erhöht. Die Krankheit betreffe vor allem junge Menschen und Kinder, zu 70 Prozent seien Frauen betroffen. Dammerer beschrieb den Alltag und die Beschwerden der Betroffenen, die diese zwingen würden, sich aus der Gesellschaft zurückzuziehen. Im österreichischen Gesundheitssystem gebe es keine adäquate Versorgung, die Krankheit sei kaum erforscht und es fehle gänzlich an der Ausbildung angehender Ärzte und Pflegekräfte. Aufgrund fehlender Forschung würden auch passende Medikamente fehlen. Zum gesundheitlichen Leid komme zudem eine Stigmatisierung der Krankheit, auch durch Gutachterinnen und Gutachter, die Betroffene oft als „Tachinierer“ abstempeln und eine Depression diagnostizieren. Es brauche niederschwellige Angebote, frühzeitige Diagnosen und rasche Behandlungsmöglichkeiten. Überdies, so Dammerer, brauche es eine patientenzentrierte, interdisziplinäre Versorgung, engagierte Medizinerinnen und Mediziner, die sich diesem Thema widmen, mehr Forschung, speziell ausgebildete Gutachterinnen und Gutachter sowie die Verankerung in Aus- und Fortbildung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Mag. Christian Samwald (SP) berichtete zu einem Antrag betreffend **gerechte Verteilung der Netzentgelte zur Entlastung der niederösterreichischen Haushalte und Unternehmen.**

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) stellte einen **Antrag** zu getrennter Abstimmung.

Abgeordneter Mag. Georg Ecker, MA (Grüne) bezeichnete den Antrag als Farce, denn die Lösung zu diesem Thema liege seit letztem Sommer in Form des Elektrizitäts-Wirtschaftsgesetzes auf dem Tisch. Damit ermächtige man u.a. die E-Control, die Kosten bundesweit aufzuteilen. Die VP würde sich seit Vorliegen des Gesetzes weigern, dieses zu beschließen. Er appellierte, die VP solle die Bundes-VP überzeugen, dem Elektrizitäts-Wirtschaftsgesetz zuzustimmen, um mehr erneuerbare Energie in die Netze zu bringen und so die Energiewende voranzutreiben.



Abgeordnete Mag. Kerstin Suchan-Mayr (SP) meinte, es gehe darum, den Energiekostenanstieg sofort zu begrenzen, um Unternehmen und Haushalte zu entlasten. Sie sei nicht damit einverstanden, was aus dem ursprünglichem Antrag der SP gemacht wurde, deshalb werde sich die SP dem NEOS-Antrag auf getrennten Abstimmung anschließen. Ein Energiekostengesetz sei dringend notwendig, es brauche positive Signale für die Wirtschaft, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Zudem, so die Abgeordnete, brauche es Entlastung für die Menschen. Im Gegenzug würden Energiekonzerne Rekordgewinne schreiben, etwa die EVN mit über einer Milliarde Euro pro Geschäftsjahr. Ein **Abänderungsantrag** fordert die Vorlage eines Energiekostenbegrenzungsgesetzes inklusive einer Absenkung der Elektrizitätsabgabe und der Erdgasabgabe auf EU-Mindestniveau, von Fördermitteln für erneuerbare Energie aus dem Budget sowie eines Netzkostenzuschusses für einkommensschwache Haushalte.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) sprach von den faulen Früchten einer verfehlten Energiepolitik, die jeden Niederösterreicher trafen: je mehr Windkraft, desto teurer der Strom, je mehr erneuerbare Energie, desto teurer die Netzkosten. In Wahrheit machten die Windräder den Strom teurer. Die Forderungen im Abänderungsantrag seien reiner Populismus. Wenn man auf dem Pfad der Energiewende bleibe, müssten 35 Milliarden Euro in den Netzausbau investiert werden. Niederösterreich leide doppelt: an der Zerstörung der Heimat und den höheren Netzgebühren.

Abgeordneter Anton Kasser (VP) zeigte sich vom Eintreten seines Vorredners gegen erneuerbare Energie und Windkraft überrascht, Energieautarkie sei das Gebot der Stunde. Die Netzgebühren müssten gerecht verteilt und die Genehmigungsverfahren schneller werden. Nicht der Strompreis sei zurzeit das Problem, sondern die Netzentgelte.

Abgeordneter René Pfister (SP) meinte, Abgeordneter Dieter Dorner (FP) habe bewusst die Unwahrheit gesprochen. Windkraft mache den Strom nicht teurer, sondern z. B. bei Energiegemeinschaften billiger. Laut E-Control entfielen bei den Energienetzentgelten 6,1 Prozent auf die Erzeuger, der Rest auf die Verbraucher.

Abgeordneter Mag. Hubert Keyl (FP) sagte, die Kernaussage des Abgeordneter Dieter Dorner (FP) sei richtig. Im Regierungsprogramm sei weder eine Absenkung der Elektrizitäts- noch der Erdgasabgabe enthalten. Auch bei einer Förderung der erneuerbaren Energie und beim Kostenzuschuss gebe es nichts.

Der Abänderungsantrag blieb in der Minderheit, der Antrag auf getrennte Abstimmung wurde einstimmig angenommen. Danach fand Punkt 1 des Hauptantrages die Mehrheit von VP, FP, Neos und Grünen sowie Punkt 2 die Mehrheit von VP und FP.

Abgeordneter René Pfister (SP) referierte zu einem Bericht betreffend **Tätigkeitsbericht 2024 (Reihe Niederösterreich 2025/1)**.

Abgeordneter Mag. Helmut Hofer-Gruber (Neos) eröffnete die Debatte und sagte, zusätzliche Schulden stören offenbar niemanden außer uns. Die dünne Tagesordnung zeige, dass es immer noch Luft nach unten gebe.

Abgeordneter Franz Schnabl (SP) betonte, dass unsere Demokratie geschützt werden müsse. Jedes staatliche Tun und Handeln müsse kontrolliert werden, um die Demokratie und das Vertrauen in den Staat zu stärken. Der Abgeordnete bedanke sich für die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundes- und Landesrechnungshofs. Er wünsche sich noch viel mehr Berichte und Empfehlungen und er wünsche sich, dass man das, was der Rechnungshof erarbeitet habe, noch viel mehr umsetze, damit man das Vertrauen in die Demokratie und in den Staat stärke.

Abgeordneter Dieter Dorner (FP) sagte, dass der aktuelle Tätigkeitsbericht einmal mehr die Notwendigkeit einer konsequenten Kontrolle staatlicher Ausgaben und Strukturen zeige. Der Rechnungshof sehe sich nicht nur als kritisches Kontrollorgan, sondern auch als Impulsgeber für Verbesserung in Verwaltung, Finanzen und öffentlichen Dienstleistungen. Seine Aufgabe sei es, Missstände aufzudecken, Reformbedarf aufzuzeigen und eine effiziente Verwendung von Steuermitteln zu fordern. Man könne sich ein Weiter wie bisher nicht leisten, man brauche Reformen. Knapp 84 Prozent der Empfehlungen seien umgesetzt oder die Umsetzung zugesagt worden. Der Rechnungshof mahne seit Jahren Reformen ein, es sei hoch an der Zeit die Empfehlungen des Rechnungshofs ernst zu nehmen und konsequent umzusetzen.

Abgeordneter Hermann Hauer (VP) führte aus, dass der Rechnungshof eine wichtige Einrichtung sei, die mit Anregungen, Hinweisen und Empfehlungen eine Unterstützung gäbe. Auf 128 Seiten des Berichts werde ein Einblick in die Prüfungstätigkeit gegeben, aus der Arbeit könne man Schlüsse ziehen und gleichzeitig weiterentwickeln. Die Menschen, die in Österreich leben, müssten die Sicherheit haben, dass die Verwaltung so aufgestellt sei, dass sie den aktuellen Herausforderungen begegnen könne. Der Abgeordnete bedanke sich bei allen Landesbediensteten, die sich von A bis Z einbringen würden. Ein wesentlicher Teil sei die Umsetzung der Empfehlungen und hier zeige sich, dass man das in Niederösterreich sehr ernst nehme.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter René Pfister (SP) referierte zu einem Bericht betreffend **NÖ Pflege- und Betreuungszentrum Hainfeld, Zu- und Umbau (Bericht 1/2025)**.

Abgeordnete Mag. Edith Kollermann (Neos) meinte, der vorliegende Bericht des Landesrechnungshofs sei eine Dokumentation von Kostenüberschreitungen. Das sei etwas, was man im Landtag laufend zur Kenntnis nehmen müsse, das aber kritischer beobachtet werden müsse. Denn es gebe gute Begründungen, wenn Kosten überschritten würden, wenn etwa das Leistungsvolumen erhöht werde oder es Wertsteigerungen gebe, aber auch weniger gute Begründungen wie Fehlplanung, fehlendes Controlling, mangelhaftes Projektmanagement. Der Landesrechnungshof habe im Bericht festgehalten, dass „keine Aussage über die Einhaltung der genehmigten Projektkosten auf Preisbasis Jänner 2011 möglich war“. Die Abgeordnete stellte einen **Resolutionsantrag** betreffend „Berichterstattung an den Landtag bei größeren Projekten“.

Abgeordneter Mag. Dr. Rainer Spenger (SP) sagte, die Kosten für den Umbau seien überzogen worden, die Dokumentation sei mangelhaft und die Direktvergaben würden intransparent wirken. Es seien Planungsdefizite bei den Pflegeplätzen festgestellt worden. Es gebe genug Männer und Frauen, die liebend gern bereit wären, in den Pflegeberuf einzusteigen, aber allein die schlechten Arbeitsbedingungen würden sie davon abhalten. Er appellierte an die Zuständigen im Land, die Feststellungen und

Empfehlungen ernst zu nehmen, eine lückenlose Dokumentation sicherzustellen, auf qualifiziertes Personal zur Kontrolle der energierelevanten Maßnahmen zu achten, einen Schlussbericht zu erstellen und im Landtag darüber zu berichten, die richtigen Schlüsse zu ziehen und für zukünftige Projekte zu lernen.

Abgeordneter Peter Gerstner (FP) sprach von einer wichtigen Investition, aber mit Bedacht. Es sei wichtig, bestehende Strukturen zu modernisieren und Pflegeeinrichtungen auf die Zukunft vorzubereiten. Das Pflege- und Betreuungszentrum Hainfeld habe bereits gute und wertvolle Arbeit für Menschen, die auf Unterstützung angewiesen seien, geleistet. Ein moderner und funktionaler Umbau könne die Betreuungsqualität verbessern. Solche Projekte würden aber auch große finanzielle Herausforderungen mit sich bringen, daher müsse man sicherstellen, dass Steuergeld sinnvoll eingesetzt werde. Es brauche Transparenz und Kontrolle. Große Bauprojekte und Fördermaßnahmen müssten laufend kontrolliert werden. Der Abgeordnete forderte auch eine klare und transparente Mittelverwendung. Er bedankte sich beim Landesrechnungshof für die umfassende und genaue Arbeit.

Abgeordneter Ing. Franz Linsbauer (VP) führte aus, dass Pflege und Betreuung in Niederösterreich ein Thema sei, das uns alle direkt oder unmittelbar betreffe. Er hob die unverzichtbare Arbeit des Pflegepersonals hervor. In Zeiten des Fachkräftemangels und der steigenden Anforderungen im Gesundheits- und Pflegesystem würden diese Arbeiten immer mehr in den Mittelpunkt geraten. Dabei seien Verbesserungen in die Infrastruktur ein wesentlicher Faktor, um das Umfeld für die Mitarbeiter optimal zu gestalten und damit Abläufe gut funktionieren. Die Erkenntnisse des Rechnungshofs bestätigten, dass die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen einen direkten Einfluss auf die Pflegequalität hätten. Das komme nicht nur den Patienten zugute, sondern stärke auch das gesamte Gesundheitssystem. Der Abgeordnete sagte den Mitarbeitern des Landesrechnungshofs ein Dankeschön und auch allen Mitarbeitern in der Pflege, die einen unverzichtbaren Beitrag leisten würden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Kollermann blieb mit Stimmen von SP, Grünen und Neos in der Minderheit.

*Schluss der Sitzung!*